

Pressekonferenz, 7. März 2012

Deutschland ohne neue Schulden – aber wie?

IW-Köln Studie zu den Eckpunkten des Bundeshaushaltes 2013

Statement

Hubertus Pellengahr
Geschäftsführer
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort.

„Wer seinen Haushalt im Griff hat, verdient Respekt“. Diesen Satz haben wir bereits Mitte 2010 einer „schwäbischen Hausfrau“ in den Mund gelegt und damit unsere Anzeigenkampagne „Besser sparen“ begonnen.

Im Herbst 2010 war es dann soweit: die Bundesregierung hatte sich endlich zu einem Sparpaket in einem Gesamtvolumen von 80 Milliarden Euro durchgerungen. Wir haben dieses Sparpaket damals als ersten Schritt begrüßt – darüber hinaus aber weitere Konsolidierungsanstrengungen eingefordert.

Zu Erinnerung: In Europa grassiert nach wie vor eine Schuldenkrise. Die Staaten haben über Jahre zu hohe Schuldenberge aufgetürmt und leiden nun unter zu hohen Zinslasten, zu hohen Refinanzierungskosten und stehen teilweise vor dem finanziellen Zusammenbruch. Auch Deutschland ist ein Schuldensünder. Das trifft die Bundesländer – aber ebenso den Bund.

Die Schuldenbremse schiebt der unverantwortlichen Schuldenpolitik nun endlich einen Riegel vor. Spätestens ab dem Jahr 2016 darf der Bund keine nennenswerten Schulden mehr aufnehmen. Die Quote von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ist übrigens nicht die Ziellinie der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse. Nein: es ist die Höchstgrenze für strukturelle Neuverschuldung, die nicht überschritten werden darf.

Also sollte es das Ziel, der Regelfall sein, dass der Bundeshaushalt mindestens mit einer schwarzen Null abgeschlossen wird. Heißt: Schuldenstopp. In guten Jahren wäre es sinnvoll, den bisherigen Schuldenberg des Bundes von über einer Billionen Euro Stück für Stück abzutragen, denn immerhin übersteigt Deutschland insgesamt – ebenso wie die meisten EU-Mitglieder – die Höchstgrenze bei einem Schuldenstand von 60 Prozent des BIP. Die Schuldenquote sollte also so schnell wie möglich sinken. Und zwar durch Konsolidierung und Wachstum.

Wie sehen die Sparbemühungen der Bundesregierung aus? Einfach gesagt: ernüchternd. Der Bundesfinanzminister ruht sich in dieser Frage weitgehend aus und verlässt sich auf die sprudelnden Steuereinnahmen und die günstige Zinsentwicklung. Im vergangenen Jahr hat der Bund bereits kräftig von den niedrigen

Anleihezinsen profitiert – das sind Einsparungen in Höhe von über 10 Milliarden Euro. Die Konsolidierung auf der Ausgabenseite hat allerdings bisher kaum stattgefunden. Das Sparpaket von 2010 ist noch nicht einmal zur Hälfte umgesetzt worden.

Gleichzeitig vermittelt der Bundesfinanzminister den Eindruck, er sei besonders ambitioniert: immerhin hat er vor zwei Wochen angekündigt, die Vorgaben der Schuldenbremse früher als im Jahr 2016 einhalten zu wollen. Mit Einsparungen in den Bereichen Arbeitsmarkt und Gesundheitsfonds könne, so Wolfgang Schäuble, das Ziel der Schuldenbremse bereits im Jahr 2014 erreicht sein.

Wir haben das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) beauftragt, in einer Studie den Konsolidierungsprozess zu analysieren. Ergebnis: Ohne echtes Sparen auf der Ausgabenseite ist langfristig nichts gewonnen. Würde die Bundesregierung aber nun endlich ihr eigenes Sparpaket umsetzen, könnten wir deutlich schneller und konsequenter die Neuverschuldung stoppen. Inklusive der von Minister Schäuble avisierten weiteren zusätzlichen Einsparungen in Höhe von etwa 4 Milliarden Euro könnte der Bund die Vorgaben der Schuldenbremse (unter 0,35 Prozent/BIP) bereits im nächsten Jahr – also 2013 – einhalten.

Eine ambitionierte Finanzpolitik müsste genau diesen Weg gehen und die Einhaltung der Schuldenbremse in den Haushaltsplanentwurf aufnehmen. Mit dem Kabinettsbeschluss der Eckwerte für 2013 ist die Bundesregierung am 21. März nun am Zug. Würde man diesen Weg jetzt einschlagen, könnten bereits im Folgejahr Überschüsse erwirtschaftet werden. Das wäre das richtige Signal: Deutschland ohne neue Schulden.

Der Bund könnte im Jahr 2014 zum ersten Mal seit 1970 mit der Tilgung des Schuldenberges beginnen und einen strukturellen Überschuss von 7,3 Milliarden Euro (+0,3 Prozent/BIP) erzielen. Wolfgang Schäuble könnte in die Geschichte eingehen. Als Finanzminister, der einen Schuldenstopp durchsetzt und den Schuldenberg erstmalig nach 40 Jahren reduziert.

Seit dem Herbst 2010 sind einige Punkte des Sparpaketes in Frage gestellt worden. Wie auch immer: das Volumen sollte nicht mehr unterschritten werden. Andererseits: Wenn Einsparungen zurückgenommen werden, steht die Bundesregierung in der Pflicht, Alternativen zu benennen. Dazu würde sich zum Beispiel der Subventionsabbau eignen: Die vom Bund in eigener Verantwortung finanzierten Subventionen an Unternehmen machen etwa 58 Milliarden Euro aus – diesen Betrag könnte man mit der Rasenmäher-Methode Stück für Stück reduzieren. Wir hatten im letzten Jahr mit dem Institut für Weltwirtschaft Kiel bereits vorgeschlagen, die Rückführung der Subventionen innerhalb von 3 bis 5 Jahren anzugehen. Also: Sparpotentiale sind vorhanden. Diese sollten von der Bundesregierung genutzt werden.

Neben der Schuldenbremse im Grundgesetz fordert auch der kürzlich auf EU-Ebene beschlossene Fiskalpakt einen Ausweg aus der Staatsverschuldung. Hier sollte Deutschland ein gutes Vorbild für andere Länder sein. Nachhaltiges Wachstum wird dabei in jedem Fall helfen. Hierfür benötigen wir aber auch spürbare Wachstumsimpulse. Ein wichtiger Beitrag wäre die Reduzierung der kalten Progression. Hier schließt sich dann auch der Kreis: wird der Konsolidierungskurs realisiert, ist die Refinanzierung zur Abmilderung der kalten Progression problemlos möglich.

Erst wenn die Regierung jetzt mit dem Entwurf des Bundeshaushaltes aufzeigt, dass sie die Chance zur Konsolidierung nutzt, also: die Schuldenbremse 2013 eingehalten und 2014 mit dem Defizitabbau begonnen hat, erst dann hat sie den Respekt in Fragen Haushaltsdisziplin wirklich verdient.